

„Es wäre schade ...“

Wie groß sind die Realisierungschancen der „Los von Rom“-Parolen? Der Soziologe Max Haller sagt, das ständige Reden darüber verhindere die Debatte über die wahren Probleme. Ein Gastkommentar.



Max Haller, 66, ist gebürtiger Sterzinger und Professor für Soziologie an der Universität Graz. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher und wissenschaftlicher Aufsätze, darunter „Die europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?“ und „Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel“.

Die Landtagswahlen im vergangenen Herbst haben eine massive Umschichtung der Parteienlandschaft mit sich gebracht. Sie markieren einen grundlegenden politischen Wandel und stellen die Identität der Südtiroler in Frage, wie sie sich seit 1945 herausgebildet hat. Die Südtiroler Identität ist ins Wanken geraten. Das zeigt sich unter anderem auch in den Programmen der kleineren deutschsprachigen Parteien. Die Südtiroler Freiheit beharrte auf ihrem „Los von Rom“ – nichts Neues. Auch die deutlich erstarkten Freiheitlichen stellten mit ihrem Slogan „Freistaat Südtirol“ die Zugehörigkeit Südtirols zu Italien infrage. Die Frage der Selbstbestimmung wird aber durchaus auch von der Südtiroler Volkspartei (SVP) aufgegriffen: Das grundsätzliche Recht darauf findet sich in ihrem Parteistatut.

Welche Bedeutung kommt diesen Forderungen nun aber zu? Ich möchte nicht ohne Weiteres behaupten, dass das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol ad acta gelegt werden sollte. Man muss dieses Recht heute jeder Volksgruppe auf der Erde zugestehen, wenn sie groß genug ist und ein einigermaßen kompaktes Siedlungsgebiet aufweist. Peter Hilpold, Professor für Europarecht an der Universität Innsbruck, stellte im Rahmen der Vortragsreihe „Ausbau der Südtirol-Autonomie?“ vor einigen Wochen fest, dass sich in politischen Umbruchphasen Konstellationen ergeben könnten, die der scheinbar aussichtslosen Forderung nach Selbstbestimmung plötzlich Realisierungschancen eröffnen.

Wenn man auf dem Selbstbestimmungsrecht beharrt, muss man aber auch angeben, wie es realisiert werden soll, um demokratischen und völkerrechtlichen Standards zu entsprechen. Eine einzige Mehrheitsabstimmung wäre unangebracht; dann könnten die deutschsprachigen Südtiroler, sofern sie mehrheitlich für einen Anschluss an Österreich wählen würden (was keineswegs sicher wäre), den

italienischen Südtirolern ihre Entscheidung aufzwingen.

Notwendig wäre ein zweistufiges Verfahren: Zuerst müssten getrennt die drei Volksgruppen gefragt werden, ob man eine Abstimmung überhaupt will. Wird diese Frage mit Ja beantwortet, könnte im zweiten Schritt die definitive Abstimmung erfolgen. (Eine Alternative wäre auch, eine Sezession nur bei einer Mehrheit beider Volksgruppen zu vollziehen, wie es etwa in der Schweiz bei der Festlegung neuer Kantone gemacht wurde). Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts apollis im Jahre 2008 unter 500 Italienern in Südtirol ergab eine eindeutige Ablehnung einer solchen Volksabstimmung. Schließlich müssten noch die Parlamente und Regierungen in Rom und Wien zustimmen.

Was wären die Konsequenzen, wenn das Selbstbestimmungsrecht trotz allem realisiert würde? Käme Südtirol zu Österreich, würde es neben den bestehenden neun Bundesländern einen völlig atypischen Fall darstellen. Der österreichische Föderalismus ist schwach, die Bundesländer vielfach nur Aus-

führungsorgane der Gesetze von Parlament und Regierung in Wien. Dagegen verfügt Südtirol über umfassende Kompetenzen auf zahlreichen Gebieten. Das Budget des Landes Tirol entspricht mit etwas über 3 Milliarden Euro nur etwa 60 Prozent von jenem von Südtirol mit über 5 Milliarden, obwohl das Land Tirol mehr Einwohner hat.

In Österreich müsste Südtirol auf den Status eines normalen Bundeslandes zurechtgestutzt werden. Das würde für viele ein unangenehmes Erwachen bedeuten. Oder man gewährt Südtirol weiterhin seinen Sonderstatus. Dann würde es sicherlich nicht lange dauern, bis auch die anderen Bundesländer mit Forderungen hervortreten würden. Schlussendlich hätte Österreich dann das Problem einer neuen italienischen Minderheit. Die Behandlung der slowenischen Minderheit in Kärnten

Käme Südtirol zu Österreich, würde es einen völlig atypischen Fall darstellen.

durch die Republik Österreich eröffnet für die Italiener im Staat Österreich keine guten Aussichten. Die Tiroler weigern sich zum Beispiel, bei Straßenschildern, die den Weg nach Süden weisen, auch den italienischen Namen für „Bozen“ anzugeben – nicht unähnlich den rechten Kärntnern bei ihrem Ortstafelstreit.

Kommen wir zur Freistaat-Diskussion. Was könnte ein „Freistaat Südtirol“ bedeuten? Wenn es nicht mehr wäre als das Modell Bayern, würde sich kaum Wesentliches verändern. Schwer abschätzbar ist, was passieren würde, sollte dieser Freistaat echte staatliche Souveränität besitzen. Es wäre durchaus möglich, dass sich ein solcher Ministaat gut selbst verwalten könnte; Kleinstaaten funktionieren vielfach besser als bürokratisierte und außenpolitisch aggressive Großstaaten.

Sicher wäre, dass die engen Beziehungen Südtirols zu Italien abgeschwächt würden; dass Italiener, die als Touristen viel Geld nach Südtirol bringen, vielleicht doch lieber an anderen Orten Oberitaliens Urlaub machen würden; dass die wirtschaftlichen Aktivitäten von Südtiroler Unternehmen in Italien nicht mehr ganz so problemlos vonstatten gehen würden; dass in Südtirol die Verpflichtung zur Mehrsprachigkeit im öffentlichen Dienst aufgelockert würde; dass nicht wenige Italiener es vorziehen würden, wieder in das italienische Italien zurückzusiedeln.

Dies alles sind vielleicht nur theoretische Überlegungen. Eine klare Position zur Frage der Selbstbestimmung zu finden, scheint mir aber wichtig, weil die immer wieder aufflammende Diskussion darüber nicht nur viele verunsichert. Sie verhindert auch, dass die wichtigen Probleme Südtirols zur Sprache kommen. Davon gibt es genug: die zunehmenden Probleme der Menschen in einfachen sozialen Schichten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten; das weiterhin vielfach isolierte Ne-

beneinanderleben der deutschen und italienischen Südtiroler, bedingt nicht zuletzt durch die starre Trennung der Bildungssysteme; die notwendige Anpassung der Autonomie im Rahmen der EU; und schließlich auch die Verbesserung der politischen Rechte und Partizipation der Südtiroler Bürgerinnen und Bürger.

Letzterer scheint mir überhaupt der wichtigste Punkt zu sein. In der in vielfacher Hinsicht erfolgreichen Ägide von Durnwalder hat sich Südtirol zu einer Gesellschaft von „Bittstellern“ entwickelt. In der jeder, der ein Anliegen hatte, nicht seinen Bürgermeister oder die zuständige Stelle im Land kontaktierte, sondern zum Landeshauptmann persönlich pilgerte. In einem solchen Klima sind mehrere Fälle von fragwürdigen politischen Machenschaften zutage getreten. Der Politikwissenschaftler Günther Pallaver hat zu Recht die Vertiefung der Mitspracherechte der Bevölkerung als Hauptaufgabe einer Reform der Südtiroler Autonomie benannt. Er sieht dafür zwei Möglichkeiten: die Stärkung der Gemeindeautonomie und den Einsatz direktdemokratischer Instrumente.

Mit solchen Maßnahmen würde auch eines der Hauptprobleme Südtirols wesentlich gelindert, nämlich die Unterrepräsentation der italienischen Volksgruppe in den politischen Entscheidungsgremien. Diese ist einer der wesentlichen Gründe für den „disagio“, das Unbehagen unter den Italienern. Es gibt aber auch weitere objektive Gründe dafür, etwa ihren rückläufigen Anteil an der Bevölkerung oder die überproportional hohe Arbeitslosigkeit unter den Italienern in Bozen.

Es wäre schade, wenn man all diese Probleme nur durch ein „Los von Italien“ lösen möchte und damit die weltweit beispielhaften und geachteten Leistungen Südtirols im Hinblick auf friedliches und konstruktives ethnisches Zusammenleben dem Müllhaufen der Geschichte überantworten würde. ■

Die Diskussion über die Frage der Selbstbestimmung verunsichert viele.